

Stellungnahme: Jugendarbeit ist mit der AfD nicht zu machen

Für die Kinder- und Jugendarbeit wie auch für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen im Allgemeinen stellt die AfD keine Alternative dar.

Die AfD trifft zu den Arbeitsschwerpunkten der Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpolitik in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 keine Aussagen. Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe hat die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl nach Schlagworten durchsucht, die für die Kinder- und Jugendhilfe relevant sind. Dabei zeigt sich deutlich, dass die AfD junge Menschen nicht im Blick hat und wenn, dann im Zusammenhang rassistischer und ordnungspolitischer Perspektiven auf Jugendarbeitslosigkeit und Jugendstrafrecht. Hier macht die Partei vor allem Zuwanderung als Grund für Probleme auf dem Arbeitsmarkt aus und plädiert entgegen jeglicher fachlicher Grundlagen für eine Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. Das BMFSFJ soll nach Maßgabe der AfD in völkischem Duktus umbenannt werden in „Bundesministerium für Familie und Bevölkerungsentwicklung“. (siehe auch CORAX Ausgabe 4/2017, S. 16)

Im AfD-Wahlprogramm sind keine Aussagen zur Entwicklung der Jugendhilfe und Jugendpolitik in den kommenden Jahren zu finden. Vielmehr positioniert die AfD sich offen rassistisch und völkisch-nationalistisch, stellt in dieser Logik Unterstützungsleistungen u.a. für Unbegleitete Minderjährige (UMA) in Frage und formuliert noch am Wahlabend ihr zweifelhaftes Demokratieverständnis im Hinblick auf den Umgang mit der neuen Bundesregierung.

Umso wichtiger sind aus Sicht der AGJF Sachsen e. V. Arbeitsbereiche und Projekte, wie MUT und

connect innerhalb der Organisation und viele weitere zivilgesellschaftliche Akteure, welche sich im Land gegen Neonazismus und Rassismus sowie für Vielfalt, Integration und damit für eine demokratische Kinder- und Jugendarbeit und Gesellschaft engagieren. Betroffene rassistischer Anfeindungen benötigen weiterhin geschützte Räume und als Adressat*innen die Solidarität der Professionellen im Arbeitsfeld.

Ebenso gilt es, die Kinder- und Jugendarbeit nach §11 SGB VIII und die Professionellen in diesem Arbeitsfeld landes- und bundesweit in der Fläche konsequent zu stärken um demokratische Jugendbildung und Räume für demokratische Auseinandersetzungen zu erhalten und entlang offensichtlicher Bedarfe zu erweitern. Hier ist es nun umso mehr notwendig, die Intentionen des 15. Kinder- und Jugendberichts aufzugreifen und auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene konsequent umzusetzen. Im 15. Kinder- und Jugendbericht heißt es unter der Überschrift „Starke Kinder- und Jugendarbeit“ (Kapitel 2.6, S.18ff.): „Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur.“ (S.18) Darüber hinaus betont der Bericht die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit für die politische Bildung: „Sie stellt in diesem Sinne auch einen ganz grundlegenden Ermöglichungsraum dar, Demokratie zu erfahren und zu leben und sich in der Folge für die eigenen Interessen und auch die Interessen Dritter einzusetzen. Jugendlichen werden in der Kinder- und Jugendarbeit vielfältige Gelegenheiten und Räume eröffnet, ihre Positionen gemeinsam zu entwickeln, auszutauschen, zu diskutieren und zu reflektieren. Damit kann sie – anders und wirksamer als die herkömmliche Schule –

politische Bildung und damit verbundene Handlungsoptionen konkret erfahrbar und erlebbar machen. Im Horizont der globalen Entwicklungen kommt der politischen Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je eine hohe Bedeutung zu.“ (S.481)

AGJF Sachsen e. V. im Oktober 2017

Die AGJF Sachsen e. V. ist seit 1990 als Dach- und Fachorganisation mit den Arbeitsschwerpunkten Fortbildung - Beratung - Projekte wirksam und setzt auf Qualifizierungs-, Unterstützungs- und Entwicklungsleistungen für die sächsische Jugendarbeit/Jugendhilfe.

AGJF Sachsen e. V.
Neefestraße 82
09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 5 33 64 - 14

Fax: (0371) 5 33 64 – 26

E-Mail: miebach-stiens@agjf-sachsen.de
www.agjf-sachsen.d